

Informationen zum Datenschutz

**Datenschutzhinweise nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
im Zusammenhang mit Auskünften**

**zur Bescheinigung des Nichtvorliegens von übereinstimmenden Sorgeerklärungen
(Negativbescheinigung)**

im Stadtjugendamt München

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Stadtjugendamt
Abteilung Beistandschaft, Vormundschaft und Unterhaltsvorschuss
Orleansplatz 11
81667 München
Telefon: 089/ 233-48235
E-Mail: beistandschaften.soz@muenchen.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landeshauptstadt München
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Burgstr. 4
80331 München
Telefon: 089/233-28261
E-Mail: datenschutz@muenchen.de

3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Ihre Daten werden dafür erhoben, um Ihren Antrag bearbeiten zu können.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DSGVO in Verbindung mit §§ 58 a, 62 Abs. 2 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII) verarbeitet.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Für Bescheinigungen über das Nichtvorliegen von übereinstimmenden Sorgeerklärungen (Negativbescheinigung) werden Ihre personenbezogenen Daten weitergegeben an:

das für den Geburtsort Ihres Kindes zuständige Jugendamt, falls Ihr Kind nicht in München geboren wurde; ist Ihr Kind im Ausland im Ausland geboren, erfolgt die Weitergabe ggf. an das Landesjugendamt in Berlin

5. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung für Negativbescheinigungen für 2 Jahre bei der Landeshauptstadt München gespeichert.

Falls Sie innerhalb diese Zeitraums erneut eine Negativbescheinigung benötigen und sich an den dafür zu erhebenden Daten nichts geändert hat, müssen Sie keine Unterlagen dafür einreichen.

6 . Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.